

Antrag 58/I/2026

UBV HVL

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Bundesverantwortung konsequent einfordern – Konnexität im Bundesstaat durchsetzen

1 Die SPD Brandenburg fordert den Bund auf, das ver-
2 fassungsrechtliche Prinzip der Aufgaben- und Finan-
3 zierungsverantwortung konsequent einzuhalten.
4 Bundesgesetzliche Aufgabenerweiterungen dürfen
5 nicht zu strukturellen Belastungen der Länder und
6 mittelbar der Kommunen führen.
7 Die föderale Finanzordnung des Grundgesetzes ist
8 verbindlich umzusetzen.

9

10 **Begründung**

11 Die föderale Finanzverfassung dient der Klarheit von
12 Verantwortung und demokratischer Rechenschaft.
13 Wenn der Bund politische Programme beschließt,
14 deren Vollzug bei Ländern und Kommunen liegt, oh-
15 ne die realen Kosten dauerhaft zu tragen, entsteht
16 eine strukturelle Finanzverschiebung.

17 Diese unterläuft:

- 18 • die Eigenstaatlichkeit der Länder
- 19 • die kommunale Selbstverwaltungsgarantie
- 20 • die Haushaltsautonomie der Landesparla-
21 mente

22 Brandenburg trägt erhebliche finanzielle Lasten aus
23 bundesgesetzlichen Vorgaben – insbesondere im
24 Bereich Migration, Sozialleistungen und Ganztags-
25 förderung.

26 Ohne verlässliche, dynamische Refinanzierung
27 droht eine dauerhafte Erosion landespolitischer
28 Gestaltungsspielräume.

29 Föderale Fairness verlangt:

30 Klare Aufgaben – klare Finanzierung – klare Verant-
31 wortung.

32 Das ist keine politische Gefälligkeit, sondern eine
33 verfassungsrechtliche Verpflichtung und sichert die
34 demokratische Handlungsfähigkeit von Land und
35 Kommunen.